

Die Analysen zu diesen Entwicklungen füllen inzwischen Regale, die Sicht „von unten“ kommt dabei jedoch kaum vor. Der vorliegende Beitrag möchte dieser Perspektive Raum geben: Was denken die Menschen über das politische System in Österreich und über die Demokratie im Allgemeinen? Wo haben sich in diesem Zusammenhang Schief lagen aufgetan? Und was können wir aus diesen lernen, um nicht nur den Status quo der Demokratie zu verteidigen, sondern auch ihre Zukunft zu gestalten?

Die zentrale Datengrundlage der folgenden Ausführungen ist der Demokratie Monitor¹, eine seit 2018 jährlich durchgeführte repräsentative Befragung von 2.000 Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. In den sieben Jahren seines Bestehens hat der Monitor turbulente Zeiten begleitet, die auch an der Demokratie nicht spurlos vorübergegangen sind. Rückblickend hat die erste Befragung im vergleichsweise ereignislosen Jahr 2018 außerdem Richtwerte geliefert, anhand derer Veränderungen gut nachvollzogen werden können. Damals wurde festgehalten, dass die Demokratie als bevorzugte Staatsform in den Köpfen der Menschen gut verankert ist, und auch die Zufriedenheit mit ihrer aktuellen Ausgestaltung war hoch: Für rund zwei Drittel funktionierte das politische System in Österreich gut. Hervor stach jedoch, dass ökonomische Ungleichheit den stärksten Einfluss auf das Ausmaß des Systemvertrauens und die

1 Vgl. Österreichischer Demokratie Monitor, URL: <https://www.demokratiemonitor.at/> (abgerufen 3.4.2025).

Demokratie aus Sicht der Bevölkerung:

Zustand, Herausforderungen,
Perspektiven



Hier geht's zum Vortrag
im Rahmen der Kärntner Gespräche 2024

politische Beteiligung hatte. Anzeichen für eine „Zweidritteldemokratie“², in der das untere Einkommensdrittel langsam aus dem politischen Prozess ausscheidet, gab es also bereits 2018.

Politische Gleichheit: Idee und Realität

Fragen wir die Menschen, was Demokratie für sie ausmacht, stehen Gleichwertigkeit und Mitbestimmung ganz oben auf der Liste. Bezug genommen wird dabei auf das zentrale Versprechen, das mit der demokratischen Idee einhergeht: Egal, wer man ist, woher man kommt oder was man besitzt – jeder Mensch hat eine Stimme und kann mit dieser im gleichen Ausmaß wie alle anderen die uns gemeinsam betreffenden Lebensumstände mitgestalten.³ Die Geschichte der Demokratie ist in dieser Hinsicht auch eine Geschichte des Erfolgs, denn im Verlauf der Zeit wurden immer mehr Bevölkerungsgruppen als politisch Gleiche anerkannt und haben Beteiligungsrechte erhalten. Nicht übersehen werden darf hierbei jedoch, dass diese Berechtigungen nie großzügig verteilt wurden.⁴ Ob von den Arbeiter:innen-, Frauen- oder Bürger:innenrechtsbewegungen: Politische Gleichheit und Beteiligungsrechte mussten stets gegen die jeweils herrschenden Machtverhältnisse erkämpft werden. Und auch heute noch stößt die Demokratie hier an ihre Grenzen.

So hatte bei der letzten Nationalratswahl im Herbst 2024 ein Fünftel der Bevölkerung ab 16 Jahren aufgrund ihrer Staatsbürgerschaften keine Stimme, bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl im Frühling 2025 war es mehr als jeder Dritte.⁵ Der Ausschluss vom Wahlrecht ist dabei nicht über alle Bevölkerungsgruppen hinweg gleich verteilt, besonders häufig betroffen sind Berufsgruppen mit niedrigem Einkommen und geringer gesellschaftlicher Wertschätzung. Österreichweit sind zum Beispiel zwei Drittel der Reinigungskräfte, 60 % der Beschäftigten in Gastronomie und Tourismus oder auch 41 % der Beschäftigten in der Nahrungsmittelherstellung nicht wahlberechtigt.⁶ Die Grenzen innerhalb der Berechtigten verlaufen ebenfalls klassenspezifisch: An der Nationalratswahl 2024 nicht teilgenommen haben 12 % der Wahlberechtigten im

2 Alexander Petring/Wolfgang Merkel, Auf dem Weg zur Zweidrittel-Demokratie, in: WBZ-Mitteilungen, 134 (2011), 30–33.

3 Vgl. John Dunn, Setting the people free. The story of democracy, Princeton 2011.

4 Vgl. Stephan Lessenich, Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Stuttgart 2019, 24.

5 Vgl. Statistik Austria, ZMR übermittelte Hauptwohnsitzmeldungen. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA, 2024.

6 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, Beschäftigte 09-2024, AMIS-Arbeitsmarktinformationssystem des BMAW, 2024.

oberen, jedoch 39 % der Wahlberechtigten im unteren Einkommensdrittel. Dabei sind Wahlen eine vergleichsweise niederschwellige Beteiligungsform – der Beteiligungsspalat fällt deutlich größer aus, wenn es beispielsweise um die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative geht.⁷ Im unteren Einkommensdrittel treffen also überdurchschnittlich viele Nichtberechtigte auf immer mehr grundsätzlich Berechtigte, die von politischer Beteiligung Abstand nehmen. Mit den dahinterliegenden Ursachen werden sich die folgenden Abschnitte noch beschäftigen, bereits an dieser Stelle wird jedoch klar, dass Mitbestimmung wieder zunehmend zu einer Klassenfrage wird.

Drehen wir zunächst jedoch die Zeit etwas zurück, vorerst ins Jahr 2018: Die Korruptionsfälle der jüngeren Vergangenheit, die Pandemie, die Rückkehr des Krieges nach Europa und die darauffolgenden Preissteigerungen liegen noch vor uns. Im Herbst dieses Jahres berichtete der Demokratie Monitor, dass zwei von drei Menschen mit dem politischen System zufrieden sind. Vier Jahre später hatte sich dieses Vertrauen halbiert: Im Herbst 2022 war nur noch ein Drittel davon überzeugt, dass unser politisches System gut funktioniert. In den letzten beiden Jahren hat sich das Systemvertrauen wieder etwas erholt, mit 43 % lag es im Herbst 2024 jedoch nach wie vor deutlich unter dem Ausgangswert von 2018 (Abbildung 1).

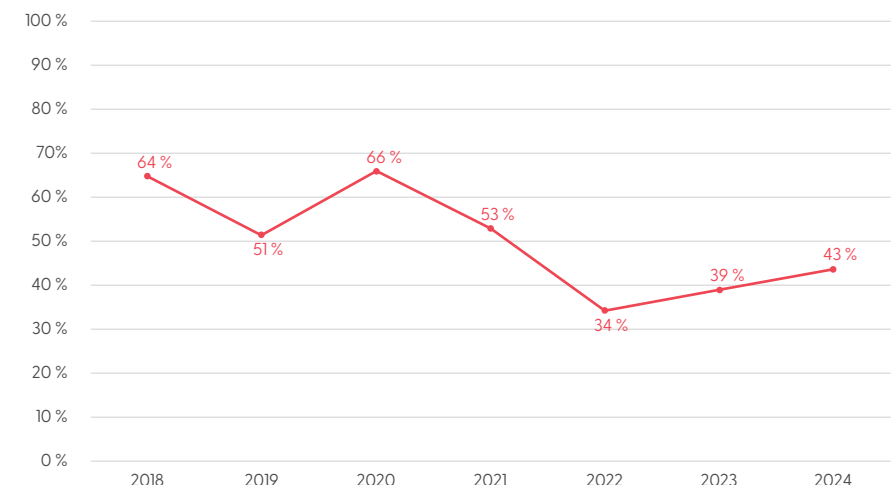


Abbildung 1: Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht gut? Dargestellt: sehr/ziemlich gut.⁸

7 Vgl. Russell Dalton, The Participation Gap. Social Status and Political Inequality, Oxford 2017.

8 Martina Zandonella, Demokratie Monitor 2024, Wien 2024, 3.

Diese Entwicklung betrifft nicht nur Österreich, im Verlauf der vergangenen drei Jahrzehnte hat sie in ähnlicher Form in zahlreichen demokratischen Staaten stattgefunden. Die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung hat inzwischen auch länderübergreifende Ursachen hierfür festgestellt. So sinkt das Systemvertrauen, wenn Bürger:innen ihre politischen Anliegen systematisch nicht mehr im politischen Prozess wiederfinden.⁹ Selbiges passiert, wenn sich in der Bevölkerung der Eindruck verfestigt, dass Politiker:innen das demokratische System vor allem zum eigenen Vorteil nutzen.¹⁰ In welchem Ausmaß Korruption das Vertrauen in das politische System untergräbt, hat der Demokratie Monitor für Österreich gezeigt: Im Zuge von „Ibiza“ ist 2019 die Überzeugung, dass unser politisches System gut funktioniert, um mehr als zehn Prozentpunkte gefallen. Mit dem gesunkenen Systemvertrauen ebenfalls in Verbindung gebracht werden die Finanzkrise von 2008 und die COVID-19-Pandemie. Derartige krisenhafte Ereignisse gelten jedoch weniger als eine direkte Ursache des Vertrauensverlustes, sie sind vielmehr Katalysatoren, die bereits bestehende Tendenzen wie auseinanderdriftende Lebensrealitäten aufgrund zunehmender ökonomischer Ungleichheit verstärken.¹¹

Letztere ist auch in Österreich auf dem Vormarsch: Haben die Vorstände der im ATX gelisteten Unternehmen vor zwanzig Jahren bereits das 24-Fache des Medianeinkommens verdient, liegt das Verhältnis inzwischen bei 1:64.¹² Noch einmal ungleicher verteilt als das Einkommen ist in Österreich jedoch Vermögen. So besitzt das reichste eine Prozent mehr als 40 % des Gesamtvermögens, während der gesamten unteren Hälfte gerade einmal 3 % gehören.¹³ Die Krisen der vergangenen Jahre haben die Ungleichheit weiter befeuert, denn sowohl die finanziellen Folgen der Pandemie als auch die Teuerung haben das untere Einkommensdrittel am stärksten getroffen.¹⁴

⁹ Vgl. Mariano Torcal/Pablo Christmann, Responsiveness, performance, and corruption. Reasons for the decline of political trust, in: *Frontiers in Political Science* 3 (2021), 1–13; vgl. Tom van der Meer/Armén Hakhverdian, Political trust as the evaluation of process and performance. A cross-national study of 42 European democracies, in: *Political Studies* 65 (2017), 81–102.

¹⁰ Vgl. Marta Kolczynska, The economy and governance as determinants of political trust in Europe, in: *Czech Sociological Review* 56 (2021), 791–834; vgl. Donatella Della Porta, Social capital, beliefs in government, and political corruption, in: Susan Pharr/Robert Putnam (Hg.), *Disaffected democracies: What's troubling the trilateral countries*, Princeton 2020, 202–230.

¹¹ Vgl. Cas Mudde, Populism in Europe. An illiberal democratic response to undemocratic liberalism, in: *Government and Opposition*, 56 (2021), 577–297; vgl. Chase Foster/Jeffrey Frieden, Crisis of trust: Socio-economic determinants of Europeans' confidence in government, in: *European Union Politics*, 18 (2017), 511–535.

¹² Vgl. Elisabeth Lugger/Theresa Hager, Vorstandsvergütung in den ATX-Unternehmen, Wien 2023, 6.

¹³ Vgl. Benjamin Ferschli/Jakob Kapeller/Bernhard Schutz/Rafael Wildauer, Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich (Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 167), Wien 2017, 29.

¹⁴ Vgl. Martina Zandonella, Demokratie Monitor 2020, Wien 2020, 8–9; vgl. Martina Zandonella, Demokratie Monitor 2021, Wien 2021, 6–7.

Zurückkommend auf das gesunkene Systemvertrauen liegen für Österreich inzwischen weitere Analysen vor, die auf zwei tiefergehende Entwicklungen hinweisen. Erstens fällt auf, dass der Vertrauensverlust nicht das gesamte politische System erfasst hat – jene institutionalisierten Regeln und Praktiken, die staatliches Handeln verlässlich und rechenschaftspflichtig machen, sind davon nicht betroffen. So vertrauten im Herbst 2024 rund zwei Drittel der Menschen in Österreich der Judikative – ebenso viele wie im Herbst 2018. Ähnliches gilt für das Prozedere von Wahlen und Gesetzgebung: Beinahe neun von zehn Menschen sind davon überzeugt, dass Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden, und rund drei Viertel denken, dass Gesetze regelkonform zustande kommen. Dem Verfassungsgerichtshof als oberstem Hüter dieser Gesetze vertrauen wiederum vier Fünftel der Menschen in Österreich. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich diese Werte durch die gesamte Bevölkerung ziehen und damit relativ unabhängig von individuellen Merkmalen, Klassenzugehörigkeit oder Parteipräferenzen sind.

Demokratie ist jedoch mehr als ein verlässliches Regelwerk – wie bereits zu Beginn dieses Beitrags erwähnt, beinhaltet sie auch das Versprechen, bei uns alle betreffenden Entscheidungen mitbestimmen zu können. In eben diesem Zusammenhang ist nun über die vergangenen Jahre hinweg eine Lücke entstanden: 2018 waren 61 % der Menschen in Österreich davon überzeugt, im Parlament gut vertreten zu sein, 2024 war es nur noch ein Drittel. Dass sich politische Entscheidungen auch nach den Anliegen der Bürger:innen richten, dachte 2018 mehr als die Hälfte, 2024 war es nur noch jeder Vierte. Parallel dazu haben über die vergangenen Jahre hinweg all jene Institutionen sowie Akteurinnen und Akteure an Vertrauen verloren, die von den Bürger:innen zur Vertretung ihrer politischen Anliegen gewählt werden. Hinter der viel zitierten Krise der Demokratie steht also auch eine Krise der Repräsentation.

Zweitens hat sich in Hinblick auf das Ausmaß und die Veränderungen des Systemvertrauens die ökonomische Lage als entscheidendes Kriterium herausgestellt. Der diesbezügliche „Klassenspalt“ fällt dabei nicht nur deutlich größer aus als der Gender-, Bildungs- oder Stadt-Land-Gap, das Vertrauen im unteren Einkommensdrittel hat sich über die vergangenen Jahre hinweg auch gänzlich anders entwickelt als im Rest der Bevölkerung (Abbildung 2).

So sticht im mittleren und oberen Einkommensdrittel hervor, dass die Zufriedenheit mit dem politischen System von 2020 bis 2022 eingebrochen ist. Mit zunehmender Dauer der Pandemie, den anhaltenden Korruptionsvorwürfen und der steigenden Inflation dachten 2022 nur noch halb so viele Menschen wie 2020, dass das politische System in Österreich gut

funktioniert. Im unteren Einkommensdrittel fällt die Zufriedenheit dagegen über alle Erhebungsjahre hinweg gering aus, und sie schwankt auch weniger entlang aktueller Ereignisse. Bereits 2018 war nur jede:r Zweite dieser Gruppe davon überzeugt, dass unser politisches System gut funktioniert, inzwischen sind es mit jeder:jedem Fünften noch einmal weniger. Seit 2020 sinkt die Zufriedenheit im unteren Einkommensdrittel außerdem stetig – im Gegensatz zum mittleren und oberen Drittel, wo über die vergangenen zwei Jahre hinweg eine deutliche Erholung eingetreten ist.

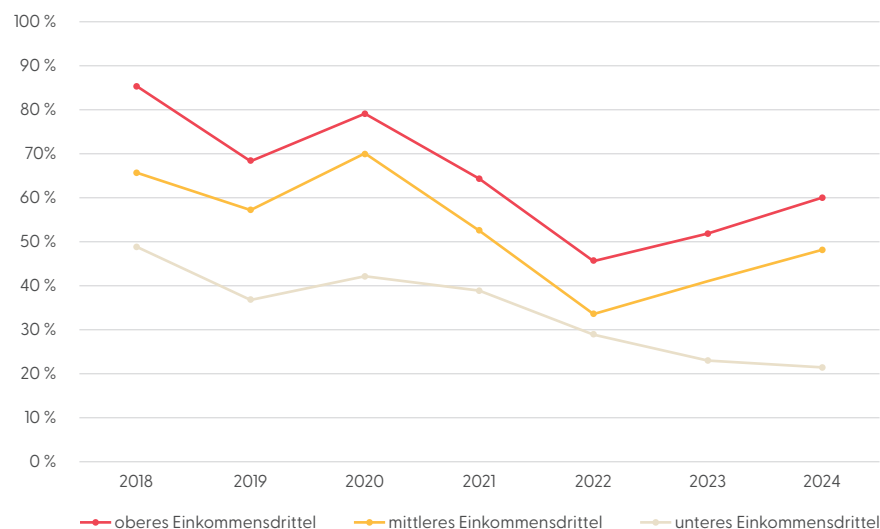


Abbildung 2: Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht gut? Dargestellt: sehr/ziemlich gut¹⁵

Die ökonomische Lage der Menschen verweist auf unterschiedliche Lebensrealitäten, an die wiederum spezifische Erfahrungen mit dem demokratischen System anschließen. Die Menschen im unteren Einkommensdrittel sind entweder armutsgefährdet, oder ihr Einkommen liegt knapp über der Armutsgefährdungsschwelle.¹⁶ Sie sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen und für die Zukunft so gut wie gar nicht finanziell abgesichert. Das mittlere Einkommensdrittel umfasst wiederum die Mitte der Gesellschaft: Ihr Einkommen entspricht ebenso dem Durchschnitt¹⁷ wie ihre Arbeitslosenquo-

¹⁵ Martina Zandonella, Demokratie Monitor 2024, Wien 2024, 7.

¹⁶ Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 1.572 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt, siehe dazu: Statistik Austria, Tabellenband EU-SILC 2023, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Wien 2023, 10.

¹⁷ In Österreich liegt das durchschnittliche monatliche Haushaltseinkommen für einen Ein-Personen-Haushalt bei 2.914 Euro netto, siehe dazu: Statistik Austria, Tabellenband EU-SILC 2023, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Wien 2023, 26.

te¹⁸, und mit Blick auf die Zukunft berichtet diese Gruppe von einer eher guten finanziellen Absicherung. Im oberen Drittel liegt das Einkommen über dem Schnitt, die Menschen wohnen üblicherweise im Eigentum, und Arbeitslosigkeit betrifft diese Gruppe kaum. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen im oberen Drittel ist außerdem für die Zukunft sehr gut finanziell abgesichert.

Es geht jedoch nicht „nur“ um ökonomische Ressourcen und Zugang zu Arbeit: Im unteren Einkommensdrittel fallen beispielsweise die körperlichen Arbeitsbelastungen am höchsten aus, die psychischen sind in den letzten Jahren stark angestiegen.¹⁹ Neben guter Arbeit ist auch Anerkennung eine Frage der Klasse: 82 % der Menschen im oberen, jedoch nur 23 % der Menschen im unteren Einkommensdrittel erleben ihre Arbeit als von der Gesellschaft wertgeschätzt. Entlang ihrer Lebensrealitäten sind die Menschen im unteren Einkommensdrittel außerdem häufiger als das mittlere und obere Drittel mit staatlicher Herrschaft konfrontiert – in ihrem Alltag erleben sie das politische System dann auch weniger als Garant eines möglichst selbstbestimmten Lebens, sondern als disziplinierend und bevormundend.²⁰

Wie stark sich derartige Erfahrungen auf das Systemvertrauen auswirken, konnte zwischen 2020 und 2022 im oberen Einkommensdrittel beobachtet werden. Während staatliche Eingriffe in die individuelle Lebensführung für das untere Drittel nichts Neues sind, wurden sie im Zuge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie auch im Alltag der bessergestellten Bevölkerungsgruppen spürbar. Der während dieses Zeitraums beobachtete Vertrauenseinbruch im oberen Drittel war dann auch zu einem beträchtlichen Teil auf diese zurückzuführen. Hervorzuheben ist, dass es hierbei nicht um ein Für oder Wider die gesetzten Maßnahmen ging, sondern um die unmittelbare und tief in den persönlichen Lebensraum eindringende Erfahrung von staatlicher Herrschaft.

Das mittlere Einkommensdrittel, dessen Systemvertrauen 2022 ebenfalls an einem Tiefpunkt angelangt war, reagierte weniger auf die vorübergehende Verletzung des demokratischen Versprechens von Freiheit und Selbstbestimmung. In dieser Gruppe hing der Vertrauenseinbruch stärker mit zunehmenden Zweifeln an der politischen Gleichheit zusammen: Ent-

¹⁸ Die Arbeitslosenquote lag 2024 bei 7 %, siehe dazu: Arbeitsmarktservice, Arbeitsmarktdaten Österreich – November 2024, Wien 2024.

¹⁹ Vgl. Arbeiterkammer Oberösterreich, Arbeitsklima-Index 2024, eigene Berechnungen, online unter URL: <http://db.arbeitsklima.at/> (abgerufen 3.4.2025).

²⁰ Vgl. Lea Elsässer/Svenja Hense/Armin Schäfer, Unequal responsiveness in egalitarian democracies, in: Journal of European Public Policy 28 (2018), 1890–1908; vgl. Tamara Ehs/Martina Zandonella, Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien, in: Wirtschaft und Gesellschaft 47 (2021), 63–101; vgl. Roland Atzmüller, Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik, in: Kurswechsel 4 (2009), 24–34; vgl. Loic Wacquant, Bestrafen der Armen, Opladen 2009.

lang der sich ausweitenden Korruptionsvorwürfe hatte sich in der Mitte der Eindruck festgesetzt, dass das politische System privilegierte Einzelinteressen bevorzugt und immer weniger dem Gemeinwohl dient.

Die Entwicklungen der vergangenen zwei Jahre verweisen nun darauf, dass sich das aufgrund aktueller Ereignisse und Erfahrungen gesunkene Systemvertrauen auch relativ rasch wieder erholen kann. Für das untere Einkommensdrittel gilt dies nicht, denn ihrem geringen Vertrauen zugrunde liegen kontinuierliche Erfahrungen von Exklusion, unter anderem von ökonomischer Sicherheit, guter Arbeit und gesellschaftlicher Wertschätzung. Ausdruck finden diese Erfahrungen dann beispielsweise in ihren Berichten, von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden. Auch die zuvor aufgezeigte Repräsentationslücke ist in Hinblick auf das untere Drittel keine neue Entwicklung – sie kann bis in die Mitte der 1990er Jahre zurückverfolgt werden, hat sich im Sog der vergangenen fünf Jahre jedoch noch einmal verstärkt. Dabei war bereits 2018 nur jede:r Vierte im unteren Drittel davon überzeugt, im Parlament gut vertreten zu sein – 2024 waren es mit jeder:jedem Fünften noch einmal weniger. Kontinuierliche Erfahrungen von Ungleichwertigkeit und Ausschluss schlagen sich zudem in der politischen Selbstwirksamkeit nieder, denn inzwischen denkt nur mehr eine Minderheit der Menschen im unteren Drittel, mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können. Daran anschließend fällt auch ihre Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen gering aus: Für die letzten beiden Nationalratswahlen berichten jeweils rund 40 %, ihre Stimme nicht abgegeben zu haben. Unter Berücksichtigung der von 2019 auf 2024 insgesamt gestiegenen Wahlbeteiligung ist es damit auch keiner politischen Partei gelungen, die Nichtwähler:innen im unteren Einkommensdrittel zur Wahlteilnahme zu mobilisieren. Ebenfalls deutlich wird an dieser Stelle, dass die Entscheidung zur Beteiligung zwar jede:r Einzelne trifft, dass dies jedoch nicht unabhängig von gruppenspezifischen Erfahrungen innerhalb gegebener gesellschaftlicher und politischer Strukturen geschieht.²¹

Offen ist nun noch, ob es sich bei den berichteten Erfahrungen der Menschen im unteren Einkommensdrittel „nur“ um subjektive Eindrücke handelt oder ob ökonomische Ungleichheit tatsächlich zu politischer Ungleichheit führt. Die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung untersucht diese Frage bereits seit den 1960er Jahren und hat festgestellt: Nicht nur in den USA, wo Geld und Politik wegen der auf privaten Spenden basierenden Wahlkampffinanzierung eine symbiotische Beziehung haben, finden die politischen Anliegen der unteren Einkommensgruppen

21 Vgl. Armin Schäfer, Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main 2015.

kaum Gehör. Auch in Demokratien unseres Zuschnitts – beispielsweise in Deutschland – werden die Anliegen des unteren Drittels in den Parlamenten schlechter gehört und haben wenig Chance auf Umsetzung.²²

Verliert die Demokratie selbst an Legitimität?

Während die Zufriedenheit mit dem politischen System deutlichen Schwankungen unterliegt, bleibt die Haltung zur Demokratie selbst über die Jahre hinweg stabil. An einem Beispiel festgemacht: Sowohl 2018 als auch 2024 waren rund 90 % der Menschen in Österreich von der Demokratie als bester Staatsform überzeugt (Abbildung 3). Auch der Blick in unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ergibt bislang keine Hinweise darauf, dass die Demokratie als jene Staatsform, in der die Menschen leben möchten, in den vergangenen Jahren an Akzeptanz verloren hätte oder eine autoritäre Herrschaftsform attraktiver geworden wäre.

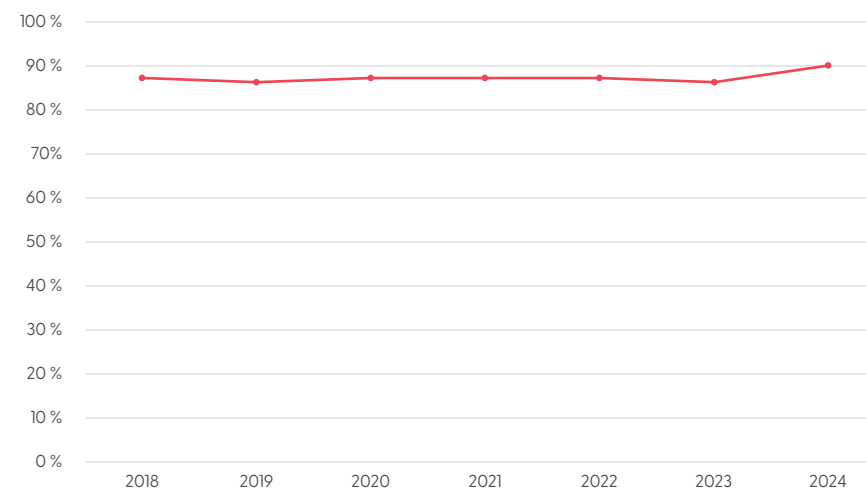


Abbildung 3: Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag. Dargestellt: stimme sehr/ziemlich zu.²³

22 Vgl. Lea Elsässer/Armin Schäfer, Dem Deutschen Volke? Die ungleiche Responsivität des Bundestags, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27 (2017), 161–180; vgl. Yvette Peters/Sander Ensink, Differential responsiveness in Europe: The effects of preference difference and electoral participation, in: West European Politics 38 (2015), 577–600; vgl. Michael Donnelly/Zoe Lefkofridi, Economic and political inequality in modern democracies: Differential responsiveness to the policy preferences of economic classes (EUI Working Papers MWP Red Number Series 2044/13), Florenz 2014.

23 Zandonella, Demokratie Monitor 2024, 10.

Dies gilt auch auf einer weniger abstrakten Ebene: Vor die Wahl gestellt, zwischen unserer parlamentarischen Demokratie und einer „Diktatur auf Zeit“, die Österreich in den kommenden fünf Jahren regieren soll, zu entscheiden, spricht sich weniger als jede:r Zehnte für Zweiteres aus. Tatsächlich Konkurrenz bekommt das bestehende politische System von der anderen Seite: Entlang der zuvor aufgezeigten Repräsentationslücke votieren die Menschen nicht für weniger, sondern für mehr Mitbestimmung. Dementsprechend fällt die Entscheidung zwischen unserer parlamentarischen Demokratie und einer direkteren Demokratie nach dem Vorbild der Schweiz dann auch knapp zugunsten letzterer aus. Mehr direkte Demokratie bedeutet jedoch nicht automatisch eine qualitativ bessere Demokratie – vor allem dann nicht, wenn parlamentarische Prozesse ausgehöhlt und durch polarisierende Ja/Nein-Abstimmungen ersetzt werden. Für eine Einschränkung der Rechte des Parlaments spricht sich mit zuletzt 6 % jedoch kaum jemand aus, im Gegenteil: Die überwiegende Mehrzahl der Menschen fordert entweder deren Erhalt oder ihren Ausbau. Dasselbe gilt in Hinblick auf Grundrechte wie Meinungs- oder Versammlungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz.

Dass bei den Wahlen der vergangenen Monate vor allem jene Parteien Zugewinne verzeichneten, die sich an Politiker:innen orientieren, die – einmal an die Macht gekommen – Parlamente, Grundrechte und die Unabhängigkeit der Gerichte einschränken, hat also weniger damit zu tun, dass in der breiten Bevölkerung autoritäre Haltungen oder Forderungen nach einem autoritären Umbruch zugenommen hätten. Dabei ist bei rund einem Fünftel der Menschen in Österreich durchaus autoritäres Potenzial vorhanden, dieses bleibt über die Jahre hinweg jedoch diffus und ambivalent: In ihren Einstellungsmustern vermischt sich ein hohes Ausmaß an demokratischen Überzeugungen mit einer höheren Zustimmung für autoritäre Herrschaftsformen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Politisch aktiviert werden kann diese Gruppe daher auch aus beiden Richtungen.

Bei einem kleinen Teil der Bevölkerung hat über die vergangenen Jahre tatsächlich eine Radikalisierung stattgefunden. So wurde bereits 2018 bei 8 % der Menschen in Österreich ein über sämtliche Indikatoren hinweg antidemokratisches Einstellungsmuster festgestellt, 2024 waren es ebenso viele. Innerhalb dieser Gruppe kam es von 2020 auf 2021 jedoch zu einer autoritären Verdichtung, die inzwischen als nachhaltig einzustufen ist: Seit 2021 sprechen sich die rund 8 % doppelt so häufig wie davor für die Einschränkung der Rechte des Parlaments, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie der Unabhängigkeit der Justiz aus. Damit haben die Krisen der vergangenen Jahre diese Gruppe zwar weder hervorgebracht noch vergrößert, in ihrem Inneren haben sie jedoch zu einer Konsolidierung autoritären Gedankenguts beigetragen.

In Zusammenhang mit den vergangenen Wahlergebnissen breitenwirksamer war eine Entwicklung, die bis in die 1980er Jahre zurückgeht und bereits vor der Finanzkrise 2008 als „Demokratie nach dem Demos“²⁴ oder „Postdemokratie“²⁵ debattiert wurde. Demnach hat der Auf- und Ausbau des freihandelsbasierten Wirtschaftssystems, zu dessen Absicherung Staaten in supranationales Recht eingebunden wurden, nicht nur den Spielraum der Politik auf marktliberale Optionen eingeschränkt, auch die Bürger:innen konnten mit den ihnen zur Verfügung stehenden demokratischen Verfahren kaum mehr Einfluss auf die Gestaltung grundlegender Rahmenbedingungen nehmen. Während also die Volkssouveränität – in all ihrer Komplexität und Uneindeutigkeit – als höchste Verfassungsnorm erhalten blieb, kann die sich daraus ableitende kollektive Wirksamkeitserfahrung heute nicht mehr hergestellt werden. Ein Umstand, der in den obigen Ausführungen auch für Österreich aufgezeigt wurde. Von diesem Blickwinkel aus betrachtet überrascht es nicht, dass politische Bewegungen mit dem Versprechen, dem Volk seine Stimme zurückzugeben, Anklang finden. Dies ist weder historisch einzigartig noch eine schlichte Wiederholung der Geschichte – der populistische Moment tritt in jeweils aktueller Form immer dann auf, wenn das fragile Gleichgewicht von Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft aus den Fugen gerät.²⁶

Perspektiven

Die Erfahrungen, welche die Menschen mit bzw. als Teil unserer Demokratie machen, sind klassenspezifisch: Je weiter unten in der gesellschaftlichen Hierarchie sie verortet sind, desto seltener erleben sie politische Gleichheit und desto geringer fällt dann auch ihr Vertrauen in das politische System aus. Die aufgezeigte Repräsentationslücke ist im unteren Einkommensdrittel am größten, hat sich entlang der Krisen der vergangenen Jahre jedoch bis in die Mitte der Gesellschaft ausgebreitet. Der entstandene Vertrauensverlust wird derzeit unterschiedlich politisch verarbeitet:

Die Mehrzahl der Menschen in Österreich setzt auf die Demokratie und das ihr innewohnende Veränderungspotenzial – mehr wirksame Mitbestimmung, mehr Informationen über die Arbeit des Parlaments, mehr Transparenz im

24 Jacques Rancière, Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main 2002.

25 Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt am Main 2004.

26 Vgl. Margaret Canovan, Trust the people. Populism and the two faces of democracy, in: Political Studies XLVII (1999), 2–16; vgl. Kolja Möller, Volk und Elite. Eine Gesellschaftstheorie des Populismus, Frankfurt am Main 2024.

politischen Prozess und eine am Gemeinwohl orientierte politische Kultur sind hier die zentralen Forderungen. Vertrauen in die demokratischen Regierungsformen zu haben fällt den ressourcenstärkeren Bevölkerungsgruppen leichter, da sie mit Demokratie häufiger positive Erfahrungen verbinden.

Ist demgegenüber Ausschluss – von ökonomischer Sicherheit, gesellschaftlicher Anerkennung und politisch wirksamer Mitbestimmung – die zentrale demokratische Erfahrung, ziehen sich die Menschen aus dem politischen Prozess zurück. So stammt inzwischen nicht nur die Mehrzahl der Nicht-Wahlberechtigten, sondern auch jene der Nichtwähler:innen aus dem unteren Einkommensdrittel. Dabei schadet ökonomische Ungleichheit der Demokratie, weil sich kapitalistische Machtverhältnisse in politische übersetzen – dies untergräbt die politische Gleichheit und entzieht den unteren Klassen systematisch wirksame Mitbestimmung. Am oberen Ende der Gesellschaft haben sich demgegenüber Menschen versammelt, deren Stimme weit mehr zählt als das Kreuz auf einem Wahlzettel. Diese Gruppe hat nicht nur direkten Kontakt zu politischen Entscheidungsträger:innen, sie kann ihre Anliegen beispielsweise auch großflächig über – sich teils in ihrem Besitz befindende – Medienkanäle verbreiten und so Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen.

Die Repräsentationslücke hat sich schließlich in den Wahlergebnissen der vergangenen Monate niedergeschlagen, die zeigten, dass populistische Parteien, allen voran jene der extremen Rechten, besonders erfolgreich waren. Hier stehen wir vor der Herausforderung, extremistisches Gedankengut und demokratiefeindliche Ansinnen zu benennen, ohne gleichzeitig jede:n darunter zu subsumieren, die:der herrschende Machtstrukturen infrage stellt. Bedingt hilfreich ist es in diesem Zusammenhang auch, jede Wahl als Rettung der Demokratie zu stilisieren, denn wird der Status quo zum Selbstzweck, verliert die Demokratie ihr Potenzial als Instrument zur Bekämpfung von Ungleichheit.

Soll die Demokratie der Zukunft mehr sein als eine „Hülle für Institutionen“²⁷ oder gar nur eine hübsche Verpackung für Autokrat:innen, ist es hoch an der Zeit, hierfür die Rahmenbedingungen zu schaffen. Grundlegend ist es dabei, der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit und den damit einhergehenden Machtkonzentrationen entgegenzuwirken. Wir können uns dabei ins Gedächtnis rufen, dass es nicht Naturgewalten oder der schiere Zufall war, die diese Entwicklungen hervorgebracht haben – sie sind allesamt eine Folge von einmal getroffenen politischen Entscheidungen. In der Umkehrung von Margaret Thatchers berühmtem Slogan gibt es demnach auch eine – politisch gestaltbare – Alternative.

27 Colin Crouch, *Postdemokratie revisited*, Berlin 2021, 28.

Wo Macht kumuliert, ist Korruption nicht weit. In eben diesem Zusammenhang benötigt die öffentliche Debatte eine Erweiterung der Perspektive, denn der gängige Fokus auf einzelne „faule Äpfel“ verdeckt die Sicht auf den Baum, der beständig solche hervorbringt. So bleibt die Aufarbeitung von individuellen Korruptionsfällen auch halbherzig, wenn sie nicht durch einen kritischen und systematischen Blick auf jene Strukturen begleitet wird, die ein derartiges Fehlverhalten vonseiten politischer und ökonomischer Eliten ermöglichen, begünstigen oder verschleiern.

In Hinblick auf die Verbreitung von autoritären Haltungen in der Bevölkerung sei in Erinnerung gerufen, dass „Demokratie die einzige Staatsform [ist], die gelernt werden muss.“²⁸ Dabei fehlt es der schulischen politischen Bildung in Österreich auch 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs an Professionalisierung, und ihre Qualität ist immer noch zu stark vom Engagement einzelner Lehrer:innen abhängig. Anschließend an jene Änderungen, die bereits im Zuge der Senkung des Wahlalters umgesetzt wurden, lässt die im aktuellen Regierungsprogramm verankerte Demokratiebildung hier auf weitere Fortschritte hoffen.

Demokratiebewusstsein setzt Wissen voraus, basiert aber ebenso stark auf ge- und erlebter Demokratie, wobei in diesem Zusammenhang positiven Erfahrungen mit demokratischer Mitbestimmung eine besondere Bedeutung zukommt. Von der politisch wirksamsten Mitbestimmungsform – dem Wahlrecht zu unseren gesetzgebenden Versammlungen – sind in Österreich derzeit jedoch rund 1,5 Millionen Menschen im Wahlalter ausgeschlossen. Da dies allen voran das untere Einkommensdrittel trifft, wäre die Entkopplung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft von seinen beträchtlichen ökonomischen Voraussetzungen ein erster Schritt, um die gegenwärtige Entwicklung zurück zum Zensuswahlrecht aufzuhalten.

Gerade im unteren Einkommensdrittel, wo positive Erfahrungen mit Demokratie kaum vorkommen, gelingt es der betrieblichen Mitbestimmung, die aufgezeigten Schieflagen unseres politischen Systems etwas abzuschwächen. So fallen das Systemvertrauen und die Beteiligungsneigung im unteren Drittel höher aus, wenn die Beschäftigten einen Betriebsrat haben, dem sie vertrauen.²⁹ Aktuelle Forschungsergebnisse aus Deutschland verweisen in diesem Zusammenhang wiederum darauf, dass positive Mitbestimmungserfahrungen im Betrieb auch mit einem geringeren

28 Oskar Negt, *Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen*, in: Klaus Hufer/Tonio Oeftering/Julia Oppermann (Hg.), *Positionen der politischen Bildung*, Schwalbach 2004, 196–213, 197.

29 Vgl. Ehs/Zandonella, *Demokratie*, 63–102.

Ausmaß an autoritären Haltungen einhergehen.³⁰ In diesem Sinne ist gute Betriebsratsarbeit also immer auch Demokratiearbeit.

Das politische System selbst reagierte auf die Repräsentationslücke bislang vor allem mit der Schaffung von neuen, rechtlich meist unverbindlichen Beteiligungsangeboten. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, birgt jedoch das Risiko, den bestehenden Beteiligungsspalt weiter zu vertiefen. Denn Angebote dieser Art werden vor allem von jenen genutzt, die bereits politisch aktiv sind und die über mehr Ressourcen – neben finanziellen Mitteln umfasst dies auch formale Bildung und Zeit – verfügen.³¹ Die reine Ausweitung des Beteiligungskatalogs ist daher nicht nur kein Ersatz für Beteiligungsrechte, sie ist auch keine Alternative zu klassengerechten repräsentativen Strukturen.

30 Vgl. Johannes Kiess/Alina Wesser-Saalfrank, Sophie Bose u. a., Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen (OBS-Arbeitspapier 64), Frankfurt am Main 2023.

31 Vgl. Tamara Ehs/Martina Zandonella, Mehr Zusammenbringen. Zur Verbesserung politisch wirksamer Beteiligung in Wien (Stadtunkte 47), hg. von Malena Haas/Sina Moussa-Lipp/Mara Verlič, Wien 2024, 90–91.



Literaturverzeichnis

Arbeiterkammer Österreich, Arbeitsklima-Index 2024, online unter URL: <http://db.arbeitsklima.at/> (abgerufen 3.4.2025).

Arbeitsmarktservice, Arbeitsmarktdaten Österreich – November 2024, Wien 2024.

Atzmüller, Roland, Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik, in: Kurswechsel 4 (2009), 24–34.

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, Beschäftigte 09–2024, AMIS-Arbeitsmarktinformationssystem des BMAW, 2024.

Canovan, Margaret, Trust the people. Populism and the two faces of democracy, in: Political Studies XLVII (1999), 2–16.

Crouch, Colin, Postdemokratie revisited, Berlin 2021.

Crouch, Colin, Postdemokratie, Frankfurt am Main 2004.

Dalton, Russel, The Participation Gap. Social Status and Political Inequality, Oxford 2017.

Della Porta, Donatella, Social capital, beliefs in government, and political corruption, in: Pharr, Susan/ Putnam, Robert (Hg.), Disaffected democracies: What's troubling the trilateral countries, Princeton 2020, 202–230.

Donnelly, Michael/Lefkofridi, Zoe, Economic and political inequality in modern democracies: Differential responsiveness to the policy preferences of economic classes (EUI Working Papers MWP Red Number Series 2044/13), Florenz 2014.

Dunn, John, Setting the people free. The story of democracy, Princeton 2011.

Ehs, Tamara/Zandonella Martina, Mehr Zusammenbringen. Zur Verbesserung politisch wirksamer Beteiligung in Wien (Stadtunkte 47), hg. von Haas, Malena/Moussa-Lipp, Sina/Verlič, Mara, Wien 2024.

Ehs, Tamara/Zandonella, Martina, Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien, in: Wirtschaft und Gesellschaft 47 (2021), 63–101.

Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin, Unequal responsiveness in egalitarian democracies, in: Journal of European Public Policy 28 (2018), 1890–1908.

Elsässer, Lea/Schäfer, Armin, Dem Deutschen Volke? Die ungleiche Responsivität des Bundestags, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27 (2017), 161–180.

Ferschli, Benjamin/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Wildauer, Rafael, Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich (Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 167), Wien 2017, 29.

Foster, Chase/Frieden, Jeffrey, Crisis of trust: Socio-economic determinants of Europeans' confidence in government, in: European Union Politics, 18 (2017), 511–535.

Kiess, Johannes/Wesser-Saalfrank, Alina/Bose, Sophie u. a., Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen (OBS-Arbeitspapier 64), Frankfurt am Main 2023.

Kolczynska, Marta, The economy and governance as determinants of political trust in Europe, in: Czech Sociological Review 56 (2021), 791–834.

Lessenich, Stephan, Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Stuttgart 2019.

Lugger, Elisabeth/Hager, Theresa, Vorstandsvergütung in den ATX-Unternehmen, Wien 2023.

Möller, Kolja, Volk und Elite. Eine Gesellschaftstheorie des Populismus, Frankfurt am Main 2024.

Mudde, Cas, Populism in Europe. An illiberal democratic response to undemocratic liberalism, in: Government and Opposition, 56 (2021), 577–297.

Negt, Oskar, Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen, in: Hufer, Klaus/Oeftering, Tonio/Oppermann, Julia (Hg.), Positionen der politischen Bildung, Schwalbach 2004, 196–213.

Österreichischer Demokratie Monitor, URL: <https://www.demokratiemonitor.at/> (abgerufen 3.4.2025).

Peters, Yvette/Ensink, Sander, Differential responsiveness in Europe: The effects of preference difference and electoral participation, in: West European Politics 38 (2015), 577–600.

Petring, Alexander/Merkel, Wolfgang, Auf dem Weg zur Zweidrittel-Demokratie, in: WBZ-Mitteilungen, 134 (2011), 30–33.

Rancière, Jacques, Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main 2002.

Schäfer, Armin, Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main 2015.

Statistik Austria, Tabellenband EU-SILC 2023, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Wien 2023.

Statistik Austria, ZMR übermittelte Hauptwohnsitzmeldungen. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA, 2024.

Torcal, Mariano/Christmann, Pablo, Responsiveness, performance, and corruption. Reasons for the decline of political trust, in: Frontiers in Political Science 3 (2021), 1–13.

Van der Meer, Tom/Hakhverdian, Armén, Political trust as the evaluation of process and performance. A cross-national study of 42 European democracies, in: Political Studies 65 (2017), 81–102.

Wacquant, Loic, Bestrafen der Armen, Opladen 2009.

Zandonella, Martina, Demokratie Monitor 2020, Wien 2020.

Zandonella, Martina, Demokratie Monitor 2021, Wien 2021.

Zandonella, Martina, Demokratie Monitor 2024, Wien 2024.